

Neue Zuger Zeitung, 2. November 2002

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

CVP-Kehrtwende ohne Erfolg

Die Gleichstellungskommission kann ihre Arbeit fortsetzen. Aber nur für vier Jahre. Anträge auf unbefristete Weiterführung und für sechs Jahre blieben erfolglos.

VON HEIDI HESS

Die Regierung beantragte sechs Jahre, die vorberatende Kommission vier, SP und Alternative Fraktion gar unbefristete Weiterführung der Gleichstellungskommission. Das Parlament entschied am Donnerstag in erster Lesung für die Minimalvariante - mit 49:16 Stimmen.

Unterschiedliche Meinungen bestanden vor allem darin, inwieweit es Sache des Staates oder von Privaten sei, Umdenken und insofern die gesellschaftliche Umsetzung der Gleichstellung zu fördern. Regula Töndury (FDP, Zug) sprach sowohl als Präsidentin der vorberatenden Kommission als auch für ihre Fraktion zu Gunsten der Weiterführung. Desgleichen äusserte sich der Präsident der Stawiko, Hanspeter Hausheer (SP Zug).

CVP-Frauen in der Minderheit

Die Weiterführung der Kommission lehnten besonders Mehrheiten der SVP und CVP-Fraktionen ab. Vor allem der Gesinnungswandel der CVP nach den Wahlen vom Sonntag überraschte. Noch Ende September, als das Geschäft vertagt worden war, hatte eine Fraktionsmehrheit den Antrag der vorberatenden Kommission unterstützt.

Deutlich sprach sich hingegen am Donnerstag, auch dieses Mal namens einer CVP-Mehrheit, Guido Käch (Cham) für Nichteintreten aus und damit gegen die Weiterführung der Kommission. Anstrengungen zur Gleichstellung unterstütze die CVP durchaus, auf Missbräuche jedoch sollten Gesetze aufmerksam machen. Die Einsparung von 100'000 Franken stehe dabei nicht im Vordergrund. Vielmehr sei es Aufgabe jedes Einzelnen, für Gleichstellung in Partnerschaft oder am Arbeitsplatz zu sorgen. Gleichstellung werde zur Norm erklärt, bemängelte Käch, «zur Abnorm» dagegen traditionelle Rollenbilder.

Beatrice Gaier (CVP Steinhausen) und Vreni Wicky (GVP Zug) meldeten sich als Vertreterinnen der CVP-Minderheit. Die Gleichstellung in der Praxis sei in vielen Bereichen (Berufswahl, Lohngleichstellung) noch nicht umgesetzt. «Es braucht zu dieser Thematik Denkanstösse durch eine Kommission, die Frauen und Männer in Gleichstellungsfragen berät und partnerschaftliche Lösungen aufzeigt», so Gaier.

SVP-Frau allein auf weiter Flur

Gegen die Mehrheit ihrer eigenen Partei nahm dezidiert Sophie Stuber (SVP, Risch) Stellung: «Die Bundesverfassung spricht ausdrücklich von rechtlicher und tatsächlicher Gleichstellung.» Sie plädierte für weitere vier Jahre. Ebenfalls auf den verfassungsmässigen Auftrag berief sich Michel Ebinger (FDP, Risch) und empfahl eine unbefristete Weiterführung. Er erinnerte gewisse Parlamentarier an ihre Wahlversprechen. «Vor den Wahlen wäre eine Auflösung der Gleichstellungskommission wohl kein Thema gewesen», meinte er.

«Wir sind weit entfernt von sozialer und gesellschaftlicher Gleichstellung», argumentierte Erica Albisser (Alternative, Oberägeri) für die Weiterführung, welche zudem unbefristet sein soll. Auf unbefristet plädierten auch Christoph Hohler (SP Unterägeri) und Erwina Winiger (Kritisches Forum, Cham). Hohler erinnerte an den Auftrag in der Kantonsverfassung, wonach der Kanton die Verwirklichung der Gleichstellung zu fördern habe.

Brigitte Profos, Vorsteherin der Direktion des Innern, brach namens der Regierung eine Lanze für die sechsjährige Weiterführung. Nach geschlagener Rede- und Abstimmungsschlacht gab sie sich aber auch mit dem getroffenen Entscheid zufrieden.

KOMMENTAR

Privatengagement willkommen

Erfreulich, dieser Entscheid. Die Umsetzung der Gleichstellung muss nämlich von vielen Seiten - auch vom Kanton, der dazu einen verfassungsmässigen Auftrag hat - gefördert werden. Dies ist besonders nicht als Hinderungsgrund für privates Engagement in Partnerschaft und am Arbeitsplatz zu verstehen, wie das einige Parlamentarier unter Verzicht auf die Kommissionsarbeit vorgeschlagen haben.

Wenn privates und staatliches Engagement zusammenkommen, dann genügen die vier Jahre, die die Gleichstellungskommission nun weiterwirken kann, vielleicht sogar. Wenn Lohndiskriminierung nicht mehr nur Unrecht, sondern inexistent ist. Wenn Männer und Frauen frei wählen, wie viel Zeit sie für Beruf und für Kindererziehung aufwenden möchten. Und wenn Mädchen selbstverständlich Bauingenieurin als Berufsziel nennen und Buben Kindergärtner werden wollen.

Dann erübrigt sich die Sensibilisierungsarbeit der Gleichstellungskommission. Wenn die Gleichstellung tatsächlich erreicht ist, interessiert sich nämlich niemand mehr dafür.

HEIDI HESS
hess@neue-zz.ch

